

Berufsfeld Politik

Sabine Friedel

Sabine Friedel ist seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtages. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft war sie zwei Jahre als persönliche Referentin des Dresdner Oberbürgermeisters tätig, im Anschluss sechs Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Seit dem Jahr 2000 engagiert sie sich in der SPD, sie ist Mitglied des sächsischen Landesvorstandes und Vorsitzende der SPD Dresden.

Besonders gern gesehen sind sie nicht, die Politikwissenschaftler in der Politik. Denn Politik ist eine Jedermanns-Kunst. So soll es ja auch sein in einer Demokratie. Da weckt die ‚studierte Politikerin‘ zuweilen Misstrauen: Dass beispielsweise das politische Engagement nur aus Karrieregründen erfolge, weil man ja keinen ‚richtigen Beruf‘ habe (Kreißaal – Hörsaal – Plenarsaal). Dass die wohl glaube alles besser zu wissen, weil sie es ja studiert hat. Und dass sie das eine oder andere am Ende vielleicht tatsächlich besser weiss. Politikwissenschaftler starten nicht unbedingt mit einem Bonus in der Politik. Lohnenswert ist das Berufsfeld dennoch, wenn man sich vorher über einiges klar wird:

1. Politik ist im Regelfall ein Ehrenamt, nur im Ausnahmefall ein Beruf. Deutschlands Parteien haben insgesamt mehr als eine Million Mitglieder. Doch von der Politik leben können nur jene, die auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene ein Abgeordnetenmandat innehaben. Das sind etwas über 2000 Personen, also rund 0,2% aller Parteimitglieder. Wer mit dem Vorhaben, Karriere zu machen, in eine Partei eintritt, wird zumeist scheitern (und das ist auch gut so).
2. Es gibt sie, die viel gerühmte ‚Ochsentour‘ in den Parteien. Und sie hat ihren Sinn. Wer ein Mandat erlangen will, muss gewählt werden – und zwar zuerst von den Parteimitgliedern. Da zählt natürlich einerseits die fachliche Qualifikation bzw. die Sachkompetenz. Genauso viel jedoch zählen „soft skills“ wie Zuverlässigkeit, Empathie, Fleiss, Kritik- und Integrationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen und Kompromissbereitschaft. All das gilt es in Jahren ehrenamtlichen Engagements zu entwickeln und nachzuweisen. Quereinsteiger wie Paul Kirchhoff oder Joachim Gauck zeigen, dass allenfalls vorpolitische Prominenz die innerparteiliche Beweisführung ersetzen kann – beim einen mehr, beim anderen weniger nachhaltig.
3. Politik ist als Beruf nur teilweise attraktiv. Zum einen macht eine politische Karriere immobil: Die Ochsentour verlangt jahrelanges Engagement am gleichen Ort. Wer umzieht, beginnt in den neuen Parteistrukturen nahezu bei Null. Zum anderen ist eine politische Karriere recht unsicher. Es ist nicht selbstverständlich, das errungene Direktmandat bzw. den guten Listenplatz bei der nächsten Wahl verteidigen zu können. Und der berufliche Wiedereinstieg ist für ehemalige Mandatsträger, die nicht aus dem öffentlichen Dienst oder der Selbständigkeit kommen, schwierig. Politiker verdienen dafür überdurchschnittlich – ca. 5000

bis 15000 Euro im Monat, haben aber auch mit unregelmäßigen Arbeitszeiten und einem irritierenden Mix aus persönlicher Anerkennung und öffentlicher Verachtung zu kämpfen.

Das politikwissenschaftliche Studium ist für eine Karriere in der Politik weder unverzichtbar noch wertlos. Gute Politiker kommen ohne ein solches Studium aus, nicht aber ohne die Fähigkeiten, die es vermittelt: In kurzer Zeit große Textmengen lesen und verarbeiten, komplexe Sachverhalte analysieren und auf Wesentliches reduzieren, präzise Fragestellungen formulieren und Lösungsoptionen entwickeln. Diese Fertigkeiten helfen in der politischen Praxis bei der Lektüre von Gesetzentwürfen und Verordnungen, beim Durchdringen fachpolitischer Probleme und bei der Formulierung von Anträgen und Positionspapieren.

Mindestens ebenso wichtig sind jedoch zwei Dinge, welche das politikwissenschaftliche Curriculum nicht abdeckt: Rhetorik und Entscheidungskraft. Wobei mit Rhetorik hier nicht einfach das Halten guter Reden gemeint ist. Das zu können, kann nicht schaden. Wichtiger noch ist die Fähigkeit zur konstruktiven Gesprächsführung. Das politische Leben besteht zum allergrößten Teil aus Gesprächen – in Parteigremien, mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Interessenvertretern, mit Abgeordneten aus anderen Fraktionen, mit dem Koalitionspartner, mit den Medien. Und oft genug haben die Gesprächspartner gegensätzliche Auffassungen, andere Interessen, verdeckte Motive. Hier zu bestehen, Verständnis zu wecken, gemeinsame Interessen zu finden und kleine Erfolge zu erringen, bedarf rhetorischer Befähigungen, die mit Zielorientierung, logischem Argumentationsvermögen, aktivem Zuhören, Anerkennung und Empathie noch lange nicht erschöpfend beschrieben sind. Nicht nur das Studium der Politikwissenschaft, sondern jeder Bildungsgang würde mit einem Modul „Rhetorik und Gesprächsführung“ ungemein an Wert gewinnen – und ein guter Teil privater, beruflicher und gesellschaftlicher Konflikte könnte wohl von vornherein vermieden werden.

Entscheidungskraft hingegen ist eine Fähigkeit, für die das Studium der Politikwissenschaft sogar ein Handicap sein kann. Wer seine akademische Lektion in Sachen Multiperspektivität, kritischer Distanz und normativer Reflektion gelernt hat, der tut sich im politischen Alltag zunächst mit Entscheidungen schwer. Einerseits gilt dieses, andererseits aber auch jenes; Position A ist nachvollziehbar, Position B aber auch. Gut möglich, dass man einige Zeit damit vergeudet, die richtige, die ‚wahre‘ Entscheidung zu suchen. Bis man dahinter kommt, dass Politikwissenschaft und Politik eben doch zwei ganz verschiedene Dinge sind: In der Politikwissenschaft geht es um Wahrheit, um objektiv richtig oder falsch. Die Politik hingegen sucht nicht nach Wahrheit. Sie orientiert sich an Werten, es geht um subjektiv gut oder schlecht. Das wird zuweilen gern kaschiert – man denke nur an die Aussage Gerhard Schröders, es gäbe keine sozialdemokratische oder christdemokratische Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch moderne und unmoderne. Das ist natürlich eine taktische Verunglimpfung von Werteorientierung als ‚Ideologie‘ – wie sie gerade von neoliberaler Seite so gern verwandt wurde, um die eigene Ideologie als völlig objektiv und unideologisch zu immunisieren. Wer politische Entscheidungen treffen will, der muss wissen, welchen Werten er im Zweifel und im Einzelfall den Vorrang gibt, wenn sie sich manchmal nur gegeneinander optimieren lassen: Freiheit, Sicherheit, Gleichheit? Wer sich während des Studiums intensiver im Bereich der politischen Theorie getummelt hat, dem könnte es zumindest etwas leichter fallen, hier einen eigenen Wertekompass zu entwickeln. Ein Studium der Politikwissenschaft bereitet also nur teilweise auf eine politische Karriere vor. Mindestens ebenso hilfreich sind in Praktika gesammelte Erfahrungen, das Engagement in Studierendenvertretungen, NGOs oder einer Partei und die Teilnahme an Rhetorik-, Moderations- oder Projektmanagementkursen. Alles in allem ist die Politik ein äußerst interessantes Berufsfeld für all jene Politikwissenschaftler, die – mit Leidenschaft und Demut zugleich – daran interessiert sind, bestehende Verhältnisse nicht nur zu beschreiben, sondern sie zu ändern.